

Oftmals wird, auch noch von Genossen, die Meinung vertreten, es sei schwer, mit Frauen über politische Fragen zu diskutieren, weil sie immer wieder über praktische Dinge sprechen wollen. Man muß sich jedoch einmal die Frage stellen, warum das so ist. Noch niemals gab es in Deutschland für die Frauen solche Entwicklungsmöglichkeiten wie in unserer Republik. Gleichermäßen wie der Mann, hat die Frau das Recht und die Möglichkeit, sich an unserem vielseitigen gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Viele Frauen würden das gern in noch viel stärkerem Maße tun. Aber nicht immer ist das möglich, weil die berufliche Arbeit, der Haushalt, die Erziehung der Kinder und mitunter auch Dinge, die ihnen das Leben unnütz schwer machen, sie noch sehr belasten. Vieles, was von den Frauen zur Erleichterung ihres Lebens vorgeschlagen und schon einige Male gesagt wurde, ist noch nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Jetzt, in Vorbereitung des Frauenkongresses, machen sie wieder von der Möglichkeit Gebrauch, ihre Fragen, die für die Entwicklung ihres Lebens und das ihrer Familie wichtig sind, in der Öffentlichkeit zu stellen. Die Genossen in den staatlichen Organen sollten sich dafür verantwortlich fühlen, daß die Hinweise und berechtigten Kritiken der Frauen, die in den meisten Fällen mit konkreten Vorschlägen verbunden sind, ernst genommen und entsprechend unserer demokratischen Ordnung korrekt bearbeitet werden. Über die Verwirklichung der Vorschläge sollte in der Öffentlichkeit berichtet werden.

Immer stärker fordern die Frauen, mit ihnen über unsere nationale Politik und über die Erhaltung des Friedens zu sprechen. Sie verfolgen mit Sorge die Politik der Bonner Ultras, die darauf gerichtet ist, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen, den kalten Krieg zu verschärfen und eine Revision der Grenzen zu fordern, um so die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig machen zu wollen. Viele Frauen bringen auch ihre Empörung über die familienfeindliche Politik des Bonner Staates, über die moralische Diskriminierung und die doppelte Ausbeutung der Frauen in Westdeutschland zum Ausdruck. Um so notwendiger ist es, den Frauen die Politik unserer Partei zu erläutern und mit ihnen über die Lösung der nationalen Frage zu sprechen. Dabei sollten wir davon ausgehen, daß viele Frauen wenig konkrete Kenntnisse von der Geschichte unserer Nation, von den großen politischen Zusammenhängen und dem aggressiven Charakter des deutschen Imperialismus haben. Wir sollten viel stärker das Nationale Dokument „Die geschichtlichen Aufgaben der DDR und die Zukunft Deutschlands“ für die Agitations- und Propagandarbeit unter den Frauen und Mädchen nutzen.

Die Sekretariate einiger Bezirksleitungen wie Erfurt und Rostock, der Kreisleitungen Leipzig, Cottbus und Eisenhüttenstadt lenken und unterstützen diese politische Aufklärungsarbeit. Notwendig ist jedoch, daß sich die Ideologischen Kommissionen bei den Kreisleitungen der Partei, die für die Arbeit in den Wohngebieten verantwortlich sind, stärker für eine zielgerichtete politische Diskussion unter den Frauen einsetzen und mit Argumentationen und vielen anderen Mitteln der Agitation diese Aussprachen fördern. Eine gute Grundlage bietet gegenwärtig der Entschließungsentwurf zum Frauenkongreß.

Es kommt jetzt darauf an, alle gesellschaftlichen Kräfte im Wohngebiet in die Vorbereitung des Frauenkongresses der DDR einzubeziehen. Wenn wir in den letzten Wochen vor dem Kongreß unsere Arbeit in dieser Richtung noch stärker entwickeln, wird es uns gelingen, die große Mehrheit der Frauen mit der Friedenspolitik der SED und der Regierung der DDR vertraut zu machen, zu klären, welche große Bedeutung sie für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes hat und wie die Kräfte der Frauen und Mütter im Kampf um die weitere ökonomische Stärkung unserer Republik vervielfacht werden können.